

Erörterung Braunkohlenplan Welzow-Süd Teilfeld II, 10.12.2013
Wortmeldung René Schuster (GRÜNE LIGA) zum Tagesordnungspunkt
Wirtschaft und Arbeit / Energiestandort Lausitz

Sehr geehrte Anwesende,
zu vier Themen möchte ich unter diesem Tagesordnungspunkt Anmerkungen machen.

1. Zukunft des Unternehmens Vattenfall

Wir sind heute gewissermaßen indirekt an Verkaufsverhandlungen beteiligt. Lässt sich die Region billig unterwerfen, erzielt Vattenfall für die Braunkohlenwirtschaft einen größeren Verkaufserlös.

Es geht also nur vordergründig um das Portemonnaie der Arbeitnehmer, parallel dazu wollen ganz andere Konten gefüllt werden, die sich nach meiner Kenntnis auch nicht in der Lausitz befinden.

Beim Lesen alter Zeitungsartikel ist mir aufgefallen, dass es im Herbst 1993 gewisse Ähnlichkeiten zu heute gab: Während der damaligen Privatisierungsverhandlungen wurde von den Gewerkschaften massiv ein Feindbild aufgebaut, damals das Gaskraftwerk der Stadt Potsdam. Ein gemeinsames Feindbild sorgt dafür, dass die Arbeitnehmer von den Verkäufern und potenziellen Käufern abgelenkt sind und ihnen nicht zu genau auf die Finger schauen. Diesen Effekt kann man auch heute wieder sehr gut beobachten und es würde mich wundern, wenn das Zufall wäre.

Es existiert seit einigen Wochen ein Vertrag zwischen der Landesregierung und Vattenfall. Wir haben ihn uns genauer angeschaut und sind zu der Überzeugung gekommen, dass ein neuer Eigentümer alle dort von Vattenfall gemachten Zusagen problemlos kündigen könnte.

Vielleicht sollte Vattenfall zur zukünftigen Struktur des Unternehmens heute einige Aussagen machen. Landesplanung funktioniert zwar grundsätzlich auch ohne konkreten Vorhabensträger, aber hier hat Vattenfall das Planverfahren veranlasst. Da ist es von grundsätzlicher Bedeutung, wie sich das Unternehmen seine Zukunft vorstellt. Falls Vertreter von Kaufinteressenten im Raum sein sollten, möchte ich auch die bitten, sich und ihre Pläne einmal vorzustellen.

(Anm.: Vattenfall beantwortete die gestellte Frage nicht, die Tagungsleitung fragte auch nicht beim Unternehmen nach.)

2. öffentliche Gelder

Auch der Bedarf an Steuergeldern gehört zum Thema Energiestandort Lausitz.

Im August diesen Jahres haben Herr Böhmer und ich in einem Brief die Verwendung öffentlicher Gelder für den Ausgleich tagebaubedingter Beeinträchtigungen in Welzow kritisiert. Die gemeinsame Landesplanungsabteilung antwortete uns am 17. September unter anderem mit folgendem Satz:

„Entgegen der von Ihnen geäußerten Ansicht ist das vor Ort tätige Bergbauunternehmen nämlich nicht für einen Strukturausgleich und für die Lebensqualität in den Orten am Tagebaurand zuständig.“

Das würde aber folgerichtig bedeuten: Jedes zusätzliche Abbaugelände kostet zusätzliche Steuergelder für diesen „Strukturausgleich“. Ich vermisse in der Planbegründung einen Variantenvergleich zu der Frage Wie viele öffentliche Gelder für Strukturausgleich werden mit Teilfeld II und ohne Teilfeld II benötigt? Das wäre aus meiner Sicht nachzuholen.

3. Wirtschaftsstandort Lausitz

Das ifo Institut Dresden hat im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL) im Oktober 2013 Gutachten erstellt mit dem Titel „Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz:

Bestandsaufnahme und Perspektiven“.

Ich bin mir nicht sicher, ob die Wahrnehmung dieses Gutachtens in der Region immer dem entspricht, was tatsächlich darin steht. Deshalb zwei Zitate: Bereits in der Einführung heißt es:

„Die Wirtschafts- und Industriestruktur der Lausitz wird stark geprägt von den Sektoren Energie und Bergbau. Dies birgt Chancen, aber auch Risiken. So könnte im Zuge der Energiewende die für die Lausitz so wichtige Braunkohle und die damit verbundene Energieerzeugung zunehmend an Bedeutung verlieren.“

In den Handlungsempfehlungen auf Seite 123 heißt es schließlich:

„Da Energie und Bergbau jedoch stark durch politische Entscheidungen auf EU- und Bundesebene beeinflusst sind, spricht vieles für eine stärkere Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur als wichtige Ergänzung zur bedeutsamen Rolle der Braunkohle. Es müssen daher gerade auch für die anderen strukturprägenden Industriebranchen positive Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dabei gilt es zu beachten, dass die Wirtschaft in der Lausitz eher kleinbetrieblich geprägt ist. (...)“

Im Klartext: Verlasst Euch nicht auf die Braunkohle, das kann ganz schnell vorbei sein.

4. Fachkräftemangel

Was das Gutachten eindeutig als Problem hervorhebt, ist der Fachkräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird. Ich frage mich also, würde das Abbaggern von Lausitzer Dörfern Arbeitsplätze für Menschen sichern, die man erst noch für das Abbaggern von Dörfern begeistern und ausbilden, vielleicht so gar aus anderen Regionen hier ansiedeln müsste. Ich frage mich, ob das mit „Gemeinwohlbelang Arbeitsplatzsicherung“ gemeint sein kann, wenn zahlreiche andere Branchen diese Fachkräfte ebenfalls dringend benötigen. Viele dieser Branchen sind in jeder Hinsicht nachhaltiger als die Verbrennung von Braunkohle.